



NACHRICHTEN

Informationen für Führungskräfte | Ausgabe 3 | Juni 2022

ULA-Sprecherausschusstag:
**Mehr Fortschritt
wagen!**



www.ula.de

PRO UND CONTRA:

**Wie lange sollen
Kohle und Kernkraft
noch laufen?**

POLITIK-DIALOG:

**Welchen Effekt
haben Sanktionen
des Westens?**

EINKOMMEN:

**Wie verdienen
Führungskräfte in
Chemie und Pharma?**



3



4



9



11

Coverfoto: MicroStockHub – iStock

KOMMENTAR

- 03 **Leitende Angestellte**
Nachbesserung bei Umwandlungsrichtlinie nötig

ULA INTERN

- 03 **ULA-Mitgliederversammlung**
Erste Präsenztagung nach Coronapause

MITBESTIMMUNG

- 04 **ULA-Sprecherausschusstag**
Nachhaltige Führung schafft Perspektiven
- 06 **Notizen aus Berlin**
Eindrücke vom Sprecherausschusstag

PRO UND CONTRA

- 08 **Energiekrise**
Streit um Laufzeiten von Kohle und Kernkraft

EUROPA

- 09 **Krieg in der Ukraine**
ULA-Politik-Dialog mit Dr. Janis Kluge

MANAGEMENT

- 10 **Weiterbildung**
Aktuelle Seminare des Führungskräfte Instituts
- 10 **Terminvorschau**
Veranstaltungen im Überblick

WIRTSCHAFT

- 11 **Einkommen in Chemie und Pharma**
VAA-Einkommensumfrage verschafft Überblick

IMPRESSUM

Herausgeber: ULA – Deutscher Führungskräfteverband · Mohrenstraße 33 · 10117 Berlin · Telefon: +49 30 3069630;
VAA – Führungskräfte Chemie · Mohrenstraße 11 – 17 · 50670 Köln
Inhalt und Redaktion: Wencke Jasper, Ludger Ramme, Michael Schweizer (verantwortlicher Redakteur) · Berlin · E-Mail: info@ula.de
www.ula.de; Klaus Bernhard Hofmann, Simone Leuschner (Bildredaktion), Timur Slapke (Schlussredaktion) · Köln
Erscheinungsweise: sechsmal jährlich
Verbreitete Auflage: 70.000. Der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Gestaltung und Layout: Ina Brocksieper · VAA · Köln
Druck: Köllen Druck+Verlag · Bonn

Leitende bestimmen mit



Foto: Deutsche Telekom

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat kürzlich den Referentenentwurf eines Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei grenzüberschreitenden Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen (MgFSG) vorgelegt. Zwar sieht der Entwurf ausdrücklich vor, dass Arbeitnehmern im Rahmen der Veränderungen keine Mitbestimmungsrechte entzogen werden dürfen. Doch was den Angestellten im Allgemeinen zugutekommt, verfehlt der Entwurf für die leitenden Angestellten (LA) im Besonderen. Sie werden benachteiligt – und das schon seit 2004.

Das damals in Kraft getretene europäische SE-Beteiligungsgesetz hat dazu geführt, dass in fast allen in Deutschland gegründeten Europäischen Aktiengesellschaften (SE) kein Vertreter der leitenden Angestellten mehr im Aufsichtsrat vertreten ist. Und dies, obwohl nach dem deutschen Mitbestimmungsgesetz von 1976 ihre besondere Rolle und Mitwirkung in der Mitbestimmung gesetzlich anerkannt ist. Sie sind von den übrigen Arbeitnehmern deutlich abgegrenzt und haben besondere Rechte und Pflichten. Nach deutschem Recht verfügen sie über einen festen Sitz auf der Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat mitbestimmter Unternehmen. Somit war das SE-Beteiligungsgesetz zwar gut gemeint, läuft aber dem europarechtlich geschützten Auftrag des Erhalts erworbener Mitbestimmungsrechte im Sinne des Vorher-Nachher-Prinzips zuwider.

Mit dem vorgelegten Referentenentwurf wird nun der „schleichende Rechtsverlust“ fortgeschrieben – und das ist unvereinbar mit fundamentalen Rechtsgedanken der EU-Richtlinien. Daher ist jetzt der Zeitpunkt für eine Nachbesserung zugunsten der leitenden Angestellten gekommen. Wir brauchen eine grundsätzliche Reform des Mitbestimmungsrechts der Europäischen Gesellschaftsformen, die das Mitbestimmungsniveau in Deutschland erhält. Die Vertretungsrechte der Leitenden dürfen nicht einfach unter den Tisch fallen. Daher fordern wir in allen Umsetzungsgesetzen der EU-Mitbestimmungsvorschriften der Arbeitnehmer für in Deutschland tätige Unternehmen mindestens einen garantierten Sitz für einen Vertreter der leitenden Angestellten. Dafür werden wir uns auf allen Ebenen der Politik einsetzen.

Roland Angst

ULA-Präsident

ULA-Verbände tagen in Berlin

Erstmalig seit Ausbruch der Coronapandemie vor zweieinhalb Jahren haben sich die Vorsitzenden und Geschäftsführer der 17 ULA-Mitgliedsverbände (im Bild unten) am 18. Mai 2022 in Berlin wieder in Präsenz zur Mitgliederversammlung getroffen. Dabei wurden auch die neuen Büroräume in der Mohrenstraße 33 direkt am Gendarmenmarkt besichtigt. Die Versammlung fand im neuen Tagungscenter des Verbandes „Haus und Grund“ statt, das sich im gleichen Haus befindet wie das ULA-Büro.

Die Geschäftsführung berichtete zu den laufenden Aktivitäten des Verbandes. Hervorgehoben wurden die Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben, darunter der Entwurf zum sogenannten Hinweisgeberschutz- oder auch Whistleblowergesetz. Im Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz für ein Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sieht die ULA grundsätzlich ein geeignetes Mittel, die Vorgaben der EU-Whistleblower-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen und den Hinweisgeberschutz hierzulande nachhaltig zu verbessern. Dieses Ziel wird von der ULA ausdrücklich begrüßt. Hierzu hatte auch das *Handelsblatt* in seiner Ausgabe vom 19. Mai 2022 im Politikteil berichtet, dass aus Sicht der Führungskräfte Nachbesserungen im Detail notwendig seien, um praxistaugliche Regelungen zu schaffen. ■



Foto: ULA

Nachhaltig führen

Über neue Führungspraxis
sprach Oliver Herrmann, Tribe
Lead New Ways of Working bei
der Deutschen Telekom. Foto:
Hans-Christian Plambeck – ULA



Mit seinem 11. Sprecherausschusstag hat der Deutsche Führungskräfteverband ULA am 19. Mai 2022 in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund in Berlin ein Zeichen des Aufbruchs gesetzt. „Den leitenden Angestellten kommt eine Schlüsselfunktion zu, wenn die Transformation der Wirtschaft gelingen soll“, erklärte ULA-Präsident Roland Angst in seiner Eröffnungsrede. „Führung bedeutet gleichzeitig Kommunikation. Nur wenn wir nachhaltig führen, wird es gelingen, Perspektiven zu schaffen.“

Angesichts der aktuellen Krisen und Herausforderungen durch die drei Megatrends Demografischer Wandel, Dekarbonisierung und Digitalisierung seien die Sprecherausschüsse als wichtiger Teil der deutschen Mitbestimmung gefordert. „Unser Wohlstand in Deutschland beruht auf der Fähigkeit unserer Unternehmen, den Fortschritt voranzutreiben und mit neuen Produkten und Dienstleistungen die Märkte im In- und Ausland zu bedienen“, führte Führungskräftepräsident Angst die Teilnehmer in die Tagung ein. „Aber wie ist es um die Rahmenbedingungen bestellt, die es braucht, um diesen Fortschritt immer wieder zu ermöglichen?“

Die Frage, welche Fortschrittsbeschleuniger Deutschland braucht, stand im

Mittelpunkt der Eröffnung des führenden Treffens von Vorsitzenden und Mitgliedern der Sprecherausschüsse. Der ehemalige Personalvorstand und Arbeitsdirektor der Deutschen Telekom Dr. h. c. Thomas Sattelberger gab hierzu einen Ausblick. Sattelberger war bis zum 20. Mai 2022 Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung und hat am Tag nach der ULA-Veranstaltung seinen Rückzug aus der Politik angekündigt. Technologische und soziale Innovationen seien Zwillinge, so Sattelberger. Letztere seien entscheidend für die erfolgreiche Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft für die digitale Ära. Hier erfolgreich zu sein, sei der Schlüssel, um unser freiheitliches gegenüber autoritären Konzepten zu be-

haupten. So sei Diversity das zukunftsfähige Fachkräftekonzept für dieses Land. Auch im Bereich der zukunftsentscheidenden DeepTech-Ausgründungen aus der Wissenschaft habe Deutschland derzeit einen Rückstand zu Wettbewerbern. Den Sprecherausschüssen komme bei der Kommunikation und Gestaltung dieser Aufgaben in den Unternehmen eine wichtige Rolle zu.

„Verhaltensänderungen sind der entscheidende Kern der Transformation“, so Zhengrong Liu in seiner Keynote. Dem Vorstandsmitglied der Beiersdorf AG zufolge sei Langfristigkeit zentral für die Anpassung von Rahmenbedingungen. „Wichtig ist, diese als große Konzeption vom Ende her zu denken. Die Kodifizierung von Unternehmensführung mag

notwendig sein, ist aber kein Wettbewerbsvorteil. Gute Unternehmensführung und Leadership sind es.“

Der 2. Vorsitzende des VAA Dr. Christoph Gürtler zeigte in seiner Eröffnungsrede auf, wie Innovationen aus Sicht der Führungskräfte in der Chemie- und Pharmaindustrie schneller an den Markt gebracht werden können: „Vordringlich ist eine übergreifende Gründungsplattform für die chemische Industrie und Gründer.“ Diese sollte im Idealfall eine gemeinsame Plattform unter Beteiligung des BMBF und des BMWK sein, um disziplinübergreifend Innovationsinstrumente zu entwickeln sowie Förderprogramme zu bündeln. Die Kernidee sei, Entwicklung und erste Kommerzialisierung aus einer Hand anzubieten. Dies würde genau die Lücke der Entwicklungsphase schließen, in der hierzulande am meisten Nachholbedarf bestehe. „Wir müssen die unterschiedlichen Erfahrungen der Führungskräfte aus Hochschulen, Industrie und Mittelstand, Förderorganisationen, Verbänden oder Gründer zusammenbringen, um erfolgreich zu sein.“

Neben Reden und Diskussionen mit politischen Entscheidungsträgern gab es zahlreiche Beispiele aus der Führungspraxis. Hier bestand die Möglichkeit, sich zu den Themen der Sprecherausschussarbeit auszutauschen und die eigene Beratungskompetenz auszubauen. „Im Angesicht einer herausziehenden multipolaren Welt, einer möglicherweise sogar *divided globalisation*, ist es wichtig, möglichst systematisch die Belastbarkeit der gegenwärtigen Strategie und die Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Rahmenbedingungen zu verstehen“, sagte Harald Nikutta, Partner und Geschäftsführer von Control Risks Deutschland. Es gelte, die Verwundbarkeiten der Geschäftsmodelle und die relevanten Risiken aufzuspüren. „Einige davon kommen uns als Kehrseite ehemals wahrgenommener Chancen entgegen“, so Nikutta. Ein Beispiel sei die Internalisierung externer Kosten speziell zu ESG-Themen. Andererseits würden gerade neue Risiken die besonderen Chancen für Geschäftsmodelle von morgen bieten.

Wie gelingt die Transformation des Energiesystems? Dass sie gelingt, da-



Zhengrong Liu, Vorstandsmitglied der Beiersdorf AG, Moderatorin Dr. Julia Kropf, der 2. VAA-Vorsitzende Dr. Christoph Gürtler, Dr. h. c. Thomas Sattelberger und ULA-Präsident Roland Angst haben am Sprecherausschusstag teilgenommen. Foto: Hans-Christian Plambeck – ULA

von ist der Gründer und Geschäftsführer des Energy and Climate Policy and Innovation Council (epico) Dr. Bernd Weber überzeugt: „Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, müssen wir die Transformation zur Klimaneutralität beschleunigen und fair ausgestalten. Zentral hierfür ist es, auf Innovationen und marktwirtschaftliche Ansätze zu setzen, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu ermöglichen und mit sozialer Verträglichkeit in Einklang zu bringen.“

Auf dem prominent besetzten politischen Panel zeigten Bundestagsabgeordnete die verschiedenen Konzepte und Ansätze der Parteien auf, um eine zukunftssichere Altersvorsorge sicherzustellen. Dr. Tanja Machalet (SPD), Jana Schimke (CDU), Prof. Stephan Seiter (FDP) und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) diskutierten mit den Führungskräften unter anderem über die Ausgestaltung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge, flexiblere Regelungen für den Renteneintritt sowie die weitere Anhebung der steuerlichen Freibeträge für Mitarbeiterbeteiligungen.

„Megatrends wie New Work, Globalisierung oder Individualisierung haben starke Auswirkungen auf unsere Ar-

beitswelt und Vergütungsmodelle“, erklärte die Vorständin der Lurze AG Birgit Horak. „Auch die aktuelle geopolitische Lage wird die Gestaltung von Vergütungssystemen beeinflussen.“ Zu den wichtigsten Trends zählten unter anderem die radikale Vereinfachung von Grading-Modellen, der zunehmende Einsatz von Performance-Management-Systemen als Treiber für Unternehmensentwicklung und Kultur sowie die Entwicklung attraktiver Benefits- und Mobilitätskonzepte. „Auch ist, gerade in IT-affinen Gehaltsgruppen, die Zeit konservativer Gehaltsentwicklung vorbei.“

Zum Thema „Wie führen wir in Zukunft?“ hat Oliver Herrmann, Tribe Lead New Ways of Working der Deutschen Telekom, Albert Einstein zitiert. „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Dafür seien Führungskräfte entscheidend, so Herrmann. „Es kann so einfach sein, wenn wir Menschen als Menschen sehen und nicht nur als Ressource. Psychologische Sicherheit in Teams zu schaffen, ist dabei ein entscheidender Faktor.“

Auf www.sprecherausschusstag.de gibt es weitere Informationen zur Veranstaltung. ■



NOTIZEN AUS BERLIN

Von Geopolitik bis Altersvorsorge

Auf dem ULA-Sprecherausschusstag in Berlin hat es zahlreiche Vorträge zu unterschiedlichen Themen gegeben, die alle große Relevanz für die Entwicklung der Arbeitsumgebung von Führungskräften haben. Die Vorträge reichten vom Zeitalter angewandter Geopolitik über Vergütungssysteme der Zukunft bis hin zur zukunftsicheren Gestaltung der Altersvorsorge.

In seinem Impulsvortrag hat Harald Nikutta, Senior Partner und Geschäftsführer Control Risks Deutschland, über Bedrohungen, Risiken und Chancen für transnationale Geschäftsmodelle referiert. Foto: Hans-Christian Plambeck – ULA



Oben: Roland Angst, ULA-Präsident.
Oben rechts: Birgit Horak, Vorständin der Lurse AG.



Rechts: Programmpunkt der Abendveranstaltung war eine Schifffahrt durch das Regierungsviertel.

Fotos: Hans-Christian Plambeck – ULA



Dr. Birgit Schwab, ULA-Vizepräsidentin und 1. VAA-Vorsitzende, und ULA-Hauptgeschäftsführer Michael Schweizer (Mitte) im Gespräch mit dem Gründer und Geschäftsführer des Energy and Climate Policy and Innovation Councils (epico) Dr. Bernd Weber. Weber trug zum Thema „Wie gelingt die Transformation unseres Energiesystems?“ vor.



Am Panel zur zukunftssicheren Altersvorsorge haben die Bundestagsabgeordnete sowie Stellvertretende Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU Jana Schimke, Dr. Tanja Machalet, Sprecherin für Rentenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, ULA-Präsident Roland Angst, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag (Bündnis 90/ Die Grünen), und Prof. Stephan Seiter, Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales (FDP), teilgenommen (von links nach rechts).

Gamechanger Ukraine-Krieg: Längere Laufzeiten für Kohle und Kernkraft?

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Debatte um die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland neu angeheizt. Dass der Umbau hin zu klimafreundlichen, erneuerbaren Energien langfristig mehr Unabhängigkeit verspricht, erscheint unstrittig. Kurz- und mittelfristig erhalten im energiepolitischen Zieldreieck die Fragen der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit eine unerwartete Relevanz. Würden längere Laufzeiten für fossile Kraftwerke und Kernkraftwerke einen Beitrag dazu leisten? Hierzu haben die ULA Nachrichten zwei führende Köpfe aus der Politik um ihre Einschätzung gebeten.



Dr. Heiko Knopf ist Stellvertretender Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Foto: Urban Zintel



Julia Klöckner ist wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Foto: Torsten Silz

Die aktuelle Krise, ausgelöst durch Russlands völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, zeigt, dass wir Energie, Klimaschutz und Sicherheit zusammen denken müssen. Die Politik muss kurzfristig dafür sorgen, dass unsere Energieversorgung verlässlich, nachhaltig und bezahlbar ist. Beim deutschen Strom sind wir bereits auf einem guten Weg: durch den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die noch vorhandenen rund sechs Prozent Atomstrom hingegen sind eine teure Risikotechnologie. Der Atomausstieg ist technisch, finanziell und sicherheitspolitisch sinnvoll. Zu diesem Schluss kommt auch das Bundeswirtschaftsministerium, das den Weiterbetrieb auf Grund des Ukraine-Kriegs geprüft hatte. Da die Abschaltung der noch aktiven Reaktoren bis Ende 2022 technisch vorbereitet ist, stehen keine neuen Brennelemente der passenden Bauart zur Verfügung. Somit würden die Atomkraftwerke für den kommenden Winter keine zusätzlichen Strommengen bringen. Hinzu kommt: Die deutschen Atomreaktoren produzieren hauptsächlich Strom. Die Wärmeversorgung wurde bislang vor allem durch Gas, Öl und Kohle aus Russland gesichert. Um von Putins Regime unabhängig zu werden, werden wir hier zwangsläufig für kurze Zeit auch einen Teil der Gasenergie durch Kohle ersetzen müssen. Weder Kohle- noch Atomenergie sind jedoch langfristig eine Alternative! Auf lange Sicht gilt es daher, den Ausbau der Erneuerbaren zu stärken und unumgängliche Importe zu diversifizieren, um die Energieabhängigkeit vom System Putin und damit den Geldfluss an den Kreml zu beenden. ■

Der menschenverachtende Krieg Putins gegen die Ukraine markiert nicht nur einen Bruch mit dem Völkerrecht, sondern auch in der Energiepolitik. Die Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen ist das Gebot der Stunde. Energiefragen sind auch Sicherheitsfragen, zudem geht es um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit – Bezahlbarkeit sowieso, flankiert vom Klimaziel 2045. Dabei sind wir das einzige Industrieland der Welt, das gleichzeitig aus Kohle und Kernenergie aussteigt. Alles zusammengenommen keine Lappalie, kein Selbstläufer. Dies stellt uns vor enorme Herausforderungen. Pragmatismus und Sachlichkeit statt langes Überlegen und Schubladendenken müssen in der Energiepolitik gelten. Die Bundesregierung muss endlich einen klaren Fahrplan vorlegen. Dazu gehört auch eine ergebnisoffene Prüfung über vorübergehend längere Laufzeiten der letztverbliebenen Kern- und Kohlekraftwerke. Im Übrigen: In vielen Ländern wird die Kernenergie auch als Klimaschutzmaßnahme gesehen.

Ich halte nichts davon, unseren grundsätzlichen Klimakonsens aufzukündigen, aber ich halte viel davon, Kriegs- und Krisenzeiten ernst zu nehmen und unsere Agenda darauf anzupassen. Den Krieg haben wir uns nicht ausgesucht, er ist nun Realität – genauso wie unsere Energieabhängigkeit von Russland harte Realität ist. Wir sind uns einig, das ändern zu wollen. Und das geht wohl kaum ohne vorübergehend längere Kraftwerkslaufzeiten. ■

Krieg in der Ukraine: Was sind uns unsere Werte wert?

Können die europäischen Sanktionen den russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Einlenken im Angriffskrieg gegen die Ukraine bewegen? Darüber haben Mitglieder der ULA-Verbände im ULA-Politik-Dialog Spezial am 31. März 2022 mit dem Osteuropaexperten Dr. Janis Kluge von der renommierten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) diskutiert.

Als Trägerin des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit gilt die SWP als einer der größten sicherheitspolitischen Thinktanks in Europa. Aufgabe der Stiftung ist es, vor allem den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung zu beraten. „Die Sanktionen sind derzeit auf ein langfristiges Containment fokussiert“, erläuterte SWP-Wissenschaftler Kluge den zahlreichen teilnehmenden Führungskräften aus dem ULA-Netzwerk die gegenwärtige Situation. Von Sanktionen gingen immer drei Ziele aus: die Signalwirkung, die Erzeugung von Verhandlungsmasse sowie die langfristige Eindämmung und Beschränkung militärischer Fähigkeiten. Letztere stünden aktuell im Fokus. Den Selbstsanktionen von Unternehmen komme dabei eine ebenso wichtige Rolle wie den Sanktionen staatlicher Akteure zu.

Wenngleich die Wirtschaft Russlands im ersten Moment durch die zu diesem Zeitpunkt rund 3.600 westlichen Sanktionen hart getroffen wurde, waren der russische Staat und seine Zentralbank mit der Anhebung des Leitzinses auf 20 Prozent sowie den strikten Kapitalverkehrskontrollen in der Lage, diese aufzufangen. Insgesamt geht Kluge davon aus, dass bedingt durch hohe Erlöse aus Energieverkäufen der letzten zwei Jahre der russische Staatshaushalt in der Lage sein werde, die Sanktionsfolgen kurzfristig zu kompensieren und in diesem Jahr sogar mit einem Haushaltsüberschuss abzuschließen.

Der politischen Wirksamkeit von Sanktionen gegenüber russischen Oligarchen steht Janis Kluge skeptisch gegenüber, da die politische Macht der

Oligarchen seit Anfang der 2000er Jahre nach und nach zurückgedrängt wurde. Mit Blick auf die Ausrichtung der europäischen und deutschen Industriepolitik rechnet Kluge mit mehr staatlichen Eingriffen, insbesondere im Energiesektor.

ULA-Präsident Roland Angst kommentierte das Thema aus Sicht der Führungskräfte: „Die Sanktionen werden die Russische Föderation langfristig isolieren und vom internationalen Handel abschneiden. Gleichzeitig dürfte die Bereitschaft der deutschen und europäischen Politik gestiegen sein, wirtschaftliche Abhängigkeiten fortan stärker in den sicherheitspolitischen Blick zu nehmen. Die angekündigte Zeitenwende setzt Mut und Willen zur Führung voraus.“ ■

Foto: ffikretow – iStock





Führungskräfte
Institut

Exklusive Sonderkonditionen
für Mitglieder von
ULA-Mitgliedsverbänden



Foto: goodluz – Shutterstock

AKTUELLE SEMINARE

Karriere fördern auch im Sommer

Kurz vor dem Sommerurlaub noch einmal an der Karriereentwicklung tüfteln?
Kein Problem mit den Seminaren des Führungskräfte Institutes (FKI) – die meisten finden nach wie vor digital statt. Die Anmeldung erfolgt auf www.fki-online.de.

Mitwirkungsrechte von Sprecherausschüssen

📅 21. Juni 2022

📍 Webseminar – zwei Stunden

Diese Onlineschulung richtet sich an Mitglieder verschiedener Sprecherausschüsse. VAA-Jurist und Fachanwalt für Arbeitsrecht Christian Lange vermittelt den Teilnehmern ein Update zu Grundlagen, Aufgaben, Rechten und Pflichten, wie sie sich aus dem Sprecherausschussgesetz herleiten und in der Praxis gestalten.

Souverän präsentieren und auftreten – auch digital

📅 23. Juni 2022

📍 Webseminar – zwei Stunden

Exzellentes Fachwissen ist das eine. Es wirkungsvoll zu präsentieren, ist das andere. In diesem Seminar erläutert Autor und Managementtrainer Peter A. Worel, wie Fach- und Führungskräfte sowohl in Präsenzsituationen als auch in Onlinemeetings ein gutes Bild von sich abgeben und überzeugend, aber gleichzeitig stimmig auftreten.

Abfindungen effizient gestalten

📅 30. Juni 2022

📍 Webseminar – zwei Stunden

Verlassen Beschäftigte ihr Unternehmen gegen Zahlung einer Abfindung, können sie durch die richtige Gestaltung hohe Steuerersparnisse erzielen. Rechtsanwalt Gerhard Kronisch, Finanzexpertin Marion Lamberty und Steuerberater Lutz Runte erklären die Grundlagen und geben Tipps für Optimierungsmaßnahmen.

Vorschau der ULA-Termine

Im Laufe des Jahres führt der Deutsche Führungskräfteverband ULA weitere Dialogveranstaltungen zu verschiedenen Themen aus Politik, Wirtschaft und Arbeit durch, die für Führungskräfte relevant sind. Den Rahmen bilden die Veranstaltungsformate „ULA-Politik-Dialog“ und „ULA-Führungskräfte-Dialog“.

ULA-Politik-Dialog (digital)

29. Juni 2022

Zu Gast ist Dr. Martin Rosemann (SPD), Mitglied des Bundestages.

Uhrzeit: 12:30 bis 13:30 Uhr

ULA-Politik-Dialog (digital)

15. September 2022

Zu Gast wird eine Vertreterin oder ein Vertreter der Partei Bündnis 90/Die Grünen sein.

Uhrzeit: 12:30 bis 13:30 Uhr

ULA-Führungskräfte-Dialog (digital) „New Work Utopia“

20. September 2022

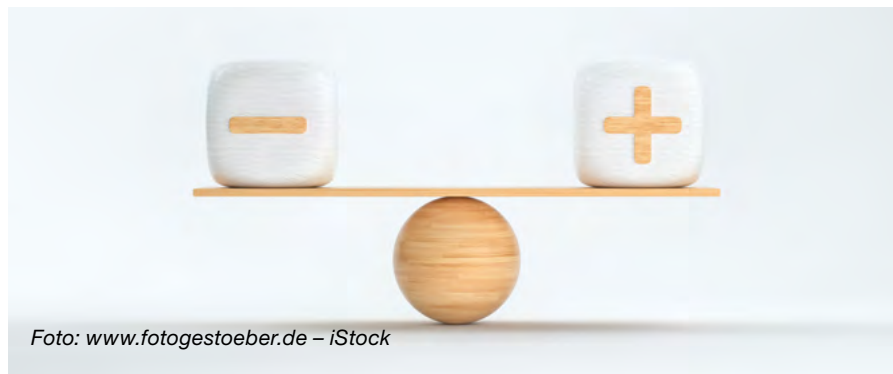
Referent ist Wirtschaftspsychologe Prof. Carsten Schermuly.

Uhrzeit: 17:00 bis 18:00 Uhr

Alle Infos und die Onlineanmeldung gibt es auf www.ula.de.

Boni in Großunternehmen erneut deutlich rückläufig

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Gesamteinkommen bei den außertariflichen und leitenden Angestellten in der chemisch-pharmazeutischen Industrie 2021 um 1,4 Prozent gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Einkommensumfrage des ULA-Mitgliedsverbandes VAA, der die Interessen der Fach- und Führungskräfte in der Chemie- und Pharmabranche vertritt. Insgesamt betrug das Median-Gesamteinkommen im Bereich des Akademiker-Manteltarifvertrages rund 130.581 Euro. Deutlich rückläufig waren dabei erneut die variablen Bezüge, die im Durchschnitt um 8,6 Prozent zurückgingen. Im Vorjahr waren die Boni bereits um rund 17 Prozent gesunken. Die Fixeinkommen stiegen 2021 hingegen um 2,1 Prozent.



Dr. Birgit Schwab, 1. Vorsitzende des VAA, Vizepräsidentin der ULA und betreuendes Vorstandsmitglied der VAA-Kommission Einkommen, zeigt sich von den Ergebnissen nicht überrascht: „Unsere aktuelle Umfrage bildet die Einkommensentwicklung des Jahres 2021 ab. Die Bonuszahlungen in diesem Jahr beruhten in aller Regel auf den Unternehmensergebnissen des Geschäftsjahres 2020, in dem der Umsatz der Branche um sechs Prozent eingebrochen ist.“

Bei der Betrachtung der Einkommensentwicklung nach unterschiedlichen Unternehmensgrößen zeigen sich gegenläufige Entwicklungen. Während in großen Unternehmen mit mehr als 10.000 Mitarbeitern das Gesamteinkommen insgesamt um 0,6 Prozent sank, stiegen die Gesamtbezüge in kleinen Unternehmen mit weniger als 1.000 Mitarbeitern mit 4,8 Prozent deutlich an. In mittleren Unternehmen mit mehr als 1.000 und weniger als 10.000 Mitarbeitern lag der Einkommenszuwachs bei 3,0 Prozent. Wie im Vorjahr liegt die Ursache der unterschiedlichen Gesamteinkommensentwicklung in den variablen Bezügen.

Denn während in den kleinen und mittleren Unternehmen die Boni um 7,3 beziehungsweise 2,0 Prozent zulegten, sanken sie in den Großunternehmen um 13,8 Prozent. Die Fixeinkommen lagen in Unternehmen aller Größen höher als im Vorjahr, stiegen in den kleinen und mittleren Unternehmen aber deutlicher als in den Großunternehmen.

Dr. Hans-Dieter Gerriets, Vorsitzender der VAA-Kommission Einkommen, erläutert die Auswirkungen dieser Entwicklungen: „Weil die Einkommen in den großen Unternehmen durch die niedrigen Boni bereits im zweiten Jahr in Folge gesunken sind, während sie in den kleinen und mittelgroßen Firmen nach oben gingen, hat sich inzwischen eine gewisse Angleichung der Gehälter vollzogen. Lag der Unterschied beim Gesamteinkommen zwischen kleinen und großen Unternehmen 2019 im Durchschnitt noch bei 29 Prozent, sind es 2021 nur noch 17 Prozent.“ Gerriets rechnet allerdings nicht damit, dass die Veränderung in voller Höhe bestehen bleibt. „Wenn wir mit der nächsten Umfrage wieder höhere Boni in den großen Unternehmen ermitteln – wovon aufgrund der ins-

gesamt guten Unternehmensergebnisse im Jahr 2021 auszugehen ist – werden sich die Gesamteinkommen wieder stärker auseinanderentwickeln, weil der Anteil der erfolgsabhängigen Bezüge in den großen Unternehmen deutlich höher ist.“

Zur Entwicklung des Gesamteinkommens tragen neben Fixgehalt und Bonus auch die sonstigen Gehaltsbestandteile bei, zu denen etwa geldwerte Vorteile aus Dienstwagen, Erlösen aus Aktienoptionen und Sonderzahlungen gehören. Diese sonstigen Gehaltsbestandteile lagen 2021 auf dem Vorjahresniveau.

Das Gesamteinkommen im Bereich des Manteltarifvertrags für Akademiker mit naturwissenschaftlich-technischer Hochschulausbildung betrug im Median 130.581 Euro. Mit 136.926 Euro liegt das Gesamteinkommen bei kaufmännischen Angestellten um 4,9 Prozent höher, das mittlere Gesamteinkommen für Ingenieure mit einer Fachhochschulausbildung mit 126.401 Euro dagegen um 3,2 Prozent niedriger.

Beantwortet haben die Einkommensumfrage mehr als 4.200 Personen aus zahlreichen Chemie- und Pharmaunternehmen, davon rund 500 Teilnehmer aus den Reihen der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh), die sich an der Umfrage beteiligt. Wissenschaftlich begleitet wird die Studie durch Prof. Christian Grund von der RWTH Aachen. Zusammen mit der Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt ergibt sich so ein umfassendes Bild über die Einkommensverhältnisse in der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Deutschland. ■



Foto: uissantos84 – iStock

WIR BAUEN BRÜCKEN!



Deutscher
Führungskräfteverband

Führungskräfte Chemie	Verband Fach- und Führungskräfte	VDL Berufsverband Agrar Ernährung Umwelt	VGA Bundesverband der Assuranzführkräfte e.V. Arbeitsgeberverband für das private Versicherungs-Selbstständigen-Gewerbe	bdvb Das Netzwerk für Ökonomen
MA Deutsche Post DHL Management Association	VEREINIGUNG COCKPIT	VOLKSWAGEN - we care for leadership - MANAGEMENT ASSOCIATION	bvhd Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes in Deutschland e.V.	BVBC Verantwortlich steuern Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e.V.
Völklinger Kreis V/K	MEDIZIN · MANAGEMENT · VERBAND	syntra Das Management-Netzwerk Deutsche Telekom	EAF BERLIN Diversity in Leadership	BPW GERMANY
WEMD	Kreis deutschsprachiger Führungskräfte Círculo de directivos de habla alemana			